

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 6. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Verone 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk., für das Vierteljahr. Die Zeitung enthält unentgeltlich zwölf Mal. — Gratiis-Beilagen: Hallescher Courer (tägl. Beilage), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Rambo, Witzblätter.

Verlagsanstalt in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Gutenberg-Verlag. Telefon 158; Redaktions-Telefon 1272. Eing. Gr. Braunschweig. Geschäftsstelle in Berlin: Defusenstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Dienstag, 5. Januar 1909.

Die erste Etappe zur Reform des Strafrechts.

Von wohl unterrichteter Seite wird in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ eingehend Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Strafrechtsreform gemacht. Man erzählt daraus, daß das auf Anregung des Reichsjustizministers herausgegebene 16bändige Werk „Strafrecht“ in fast 500 Druckbogen nimmere und in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit zum Abschluß gelangt ist. Bekanntlich hat sich i. J. 1902 auf Veranlassung des Reichs-Justizministers ein wissenschaftliches Komitee, bestehend aus den führenden Kriminalisten, gebildet, um durch die rechtsvergleichende Arbeit die ersten Bausteine zur Reform eines neuen Strafgesetzbuches zu bieten. Nicht weniger als 49 Gelehrte, Mitglieder fast aller juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten, waren für jenes, dem Verlage von Otto Liebmann, Berlin, übertragene Werk herangezogen worden, das wohl als das umfassendste und bedeutungsvollste wissenschaftliche Unternehmen des In- und Auslandes bezeichnet werden kann. Es wird weiter die erfreuliche Mitteilung durch die Deutsche Juristen-Zeitung gemacht, daß die Kommission, an deren Spitze der Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium Herr Geh. Rat Dr. Lucas steht, hofft einen ersten Entwurf voranschicken im Sommer 1909 vollenden zu können. In derselben Nummer des führenden juristischen Organes wird vom Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Mann im Anschluß an diese Mitteilungen berichtet, daß die deutsche Strafrechtswissenschaft zur hohen Ehrgeheude Wert nimmere vollendet worden sei. „Ganzt betont, daß der Wert des Unternehmens weit über den augenblicklichen Zweck hinausreicht. Es sei ein Grundstein für unsere künftigen Arbeiten auf dem Gebiete des Strafrechts, und er gibt namens der Strafrechtsspraktiker der Hoffnung Ausdruck, daß, falls die Kommission der Profiter ihre Aufgabe in gleich ausgedehnter Weise lösen werde, wie die Wissenschaft es in diesem Unternehmen getan hätte, das neue Strafgesetzbuch, zu dem das Werk die erste Etappe bildet, seinerseits die erste Etappe zu einem gelunden Strafrecht für alle Kulturvölker werde. Die Nachricht von der Vollenbung dieses Unternehmens wird um so mehr mit großer Freude allgemein begriffen werden, als danach nun die so dringliche und immer dringlicher werdende Reform des Strafrechts ihrer Verwirklichung erheblich näher gerückt ist.“

Welchen die Nebel?

Die wirtschaftspolitischen Darstellungen des „Genossen“ Calver sind bis jetzt in der sozialdemokratischen Presse nicht nur als feierlich, sondern auch als bedeutungslos und unzutreffend hingestellt worden. Aufsehend bricht sich aber in der Sozialdemokratie nun doch die Erkenntnis Bahn, daß sich die Wahrheit nicht länger unterdrücken läßt. So finden wir in der Breslauer „Volkswacht“, einem an der Spitze des sozialdemokratischen Nationalismus stehenden Blatte, eine Betrachtung Calvers über das Wirtschaftsjahr 1908 an folgenden Stelle guttinnend abgedruckt. In dieser Betrachtung heißt es: „Rangam und allmählich nahm die Depression zu und trotz einiger Lichtblicke gegen Schluß des Jahres hielt sie nicht nur vor, sondern nahm während des Weihnachtsmarktes noch einmal in recht bedenklicher Weise zu. Wenn trotzdem die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht so ungünstig zu fassen ist, wie zum Beispiel die Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, so ist dies von Abwägungen her, die entweder in der wirtschaftlichen Verfassung oder in der Methode der statistischen Erfassung begründet sind. Auf in den Vereinigten Staaten die soziale Rücksichtslosigkeit der Kräfte, welche deren Wirtschaft mit ungemessener Selbstlosigkeit einrichtete und sich veranlagerte, so viele Großbetriebe an der Grenze innerer, auf einer breiten Landwirtschaft basierende Markt.“

Es ist also in Deutschland in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht besser bestellt, als in Amerika und England und in anderen Staaten auch. Die Sozialdemokratie hat das bisher stets geleugnet und behauptet, die Lage der Arbeiterklasse sei bei uns am äbsten, das Proletariat sei in Deutschland dank unserer „feinherbarten“ Wirtschaftspolitik und unserer „brutalen“ Wirtschaftsmethode dem Verhungern nahe. Wenn jetzt in der sozialdemokratischen Presse die Darstellungen Calvers kurz erhalten, dann werden die bisherigen Unwahrheiten zum Schweigen kommen müssen. Weiter heißt es in dem Calverischen Artikel des Breslauer Sozialistenblatts:

Die wirtschaftliche Gesamtlage Deutschlands, so unermesslich sie sich auch zeigt, wäre weit schädlicher, wenn nicht die landwirtschaftliche dem Industrieerwerb eine gewisse Stütze gäbe. Es ist nicht zum ersten Male, daß die Schwankungen der gewerblichen Konjunktur Deutschland bewegen können, aber trotzdem, weil die Aufnahmefähigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich ungeschädigt erhält.“

Hierzu macht die Breslauer „Volkswacht“ die folgende Bemerkung: „Calver hätte hinzufügen können, daß die günstige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft hierbei geföhrt wurde durch künstliche Maßnahmen auf Seiten der Arbeiter und Erwerbsfähigen durch Verhäufung der Arbeitskräfte für die Industrie.“ Dieser Zusatz hat nur den Zweck, die bisherige wirtschaftspolitische Haltung der Sozialdemokratie einermöglichen zu rechtfertigen. Wenn es feststeht, daß die wirtschaftliche Gesamtlage der Nation ohne die Erhöhung der landwirtschaftlichen Bölle noch viel schlechter sein würde, als sie es ist, so kann doch nicht davon gesprochen werden, daß diese Bölle auf Kosten der anderen Erwerbsfähigen oder gar durch Verhäufung der industriellen Kräfte eingeföhrt worden seien. Es geht im Gegenteil aus der allgemeinen günstigen Wirkung der Landwirtschaftsölle unvorderlich hervor, daß diese Maßregeln nicht einseitig zu Gunsten des landwirtschaftlichen Gewerbes, sondern im wirtschaftlichen Gesamtinteresse Deutschlands eingeföhrt werden mußten.“

Deutsches Reich.

Aufsprache des Kaisers an die Generale. Am Sonntag hat, wie schon mitgeteilt wurde, im königlichen Schloße das übliche Diner der kommandierenden Generale stattgefunden. Nach Aufhebung der Tafel hielt der Kaiser, wie das „V. L.“ mitteilen weiß, einen sachlich militärischen Vortrag über die Aufgaben und Behren der letzten Wäander. Der Kaiser wies an der Hand von Karten auf diejenigen Momente der Wäander hin, die seiner Meinung nach geeignet sein könnten, anregend und lehrreich zu wirken. Am Schluß dieses militärischen Vortrages hielt der Kaiser mit einigen Worten auf die Vorgänge an, die sich im Anschluß an die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ Interviews ereignet. Der Kaiser sprach in sehr ruhiger Weise und das, was er sagte, ließ erkennen, daß die letzten Ereignisse einen sehr ersten Eindruck auf ihn gemacht haben. Er verlas aus einem kürzlich erschienenen „Neuen“ Artikel und fügte hinzu, daß dieser Artikel ungefähr das enthalte, was er selbst über die jüngsten Vorgänge sagen könnte. Als der Kaiser seine Rede geendet, nahm der rangälteste der anwesenden Generale das Wort, dankte dem Monarchen und veräuerte ihm des rückhaltlosen Vertrauens der Kräfte. — Ob diese Mitteilungen über die Aufsprache des Kaisers authentisch sind, bleibt abzuwarten. Ebenso ist wohl eine Meldung der „Presse“, wonach der Kaiser als Zeit der Vorbereitungen in der Schlosskapelle am Neujahrstage die Worte: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“ gewagt haben soll, mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

Der Besuch des englischen Königsraars. Wie das „Neuerliche Bureau“ erzählt, wird der Besuch des englischen Königsraars in Berlin in der zweiten Woche des Februars erfolgen.

Alex von Wartensleben. Wie gestern schon telegraphisch gemeldet, ist der General der Kavallerie z. D. Graf Alex von Wartensleben, geboren am 29. Oktober 1838 zu Grambow, Montag morgen in Berlin verstorben. Graf Alex von Wartensleben war am 25. Januar 1866 in das Infanterie-Regiment Nr. 2 eingetreten und kam 1871 in das Leib-Garde-Säularen-Regiment, in dem er die Krüge mitnahm. 1872 wurde er persönlicher Adjutant des Prinzen Friedrich Karl von Preußen. 1898 erfolgte seine Ernennung zum Kommandeur des Dragoner-Regiments Nr. 7, worauf er 1900 Kommandeur der 36. Kavallerie-Brigade und 1905 als Generalleutnant Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division wurde. 1899 wurde er zur Disposition und gleichseitig à la suite des Dragoner-Regiments Nr. 7 gestellt. Seit 1900 war er General der Kavallerie. Der Verstorbene war seit 1898 vermählt mit der geachteten Gräfin Clara zu Gersdorff, geborenen v. Schöffers-Witt. Graf Alex von Wartensleben war u. a. Inhaber der Rettungsmedaille.

Zobreschl. Dr. Kuhnen, seit Jahren Obersteigerungsgerichtsrat am Obersteigerungsgericht des Gouvernements Berlin ist gestern an Herzschlag gestorben.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, befindet sich unter den Gläubwünschen, die dem Reichskanzler beim Jahreswechsel aus dem Auslande zugegangen sind, ein Telegramm des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen, worin dieser um Uebermittlung seiner Gratulation an das Kaiserpaar bittet und dem kaiserlichen Willen wärmsten Dank für die humanitären und friedlichen Unterstüzung der österreichisch-ungarischen Politik ausdrückt.

Die internationale kriminalistische Vereinigung trat in Berlin zu einer außerordentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Untersuchungsrichters z. D. v. Weyer zusammen. Die Reichs- und Landesbehörden hatten Vertreter entsandt. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden erstattete Landesgerichtsdirektor a. D. N. Schacht als Generalreferent über den Entwurf der Strafprozessordnung, er behauptet, daß die Reform unserer Strafjustiz in großen Maße nur möglich sei, wenn Strafrecht und Strafprozess einheitlich neu geordnet würden. Professor v. Buzig erkennt als zweiter Generalreferent an, daß der Regierungsentwurf große Verbesserungen bringe, insbesondere auf dem Gebiete des Verfahrens gegen Jugendliche.

der drei Hauptforderungen: Singulierung von Raizen in der Verurteilung, völlige Selbständigkeit des Hauptverfahrens gegenüber dem Vorverfahren und Aufrechterhaltung des jetzt geltenden Legalitätsprinzips. Die Forderung eines Spezialgeföhres für Jugendliche ist aufrecht zu erhalten. Die Novelle zum Strafgesetzbuch mußte ein Hindernis für die Überlegung des Reichsjustizministers sein. Auf eine Anfrage betreffend die Einführung einer Pflichtenweinsteuer erklärte Staatsminister Ewald, die Regierung habe im Bundesrat beantragt, alle Weine, die von Privat an Flaschen geföhrt und selbst verbraucht werden, sowie der Kreis der Flasche 70 Fennige nicht übersteigt, von jeder Abgabe freizustellen. In dieser Richtung abgelehnt worden sei, habe die Regierung gegen den ganzen Entwurf gestimmt. Nachdem die Abstimmung bekannt geworden sei, habe die Regierung eine besondere Verabbarung gegen die Steuer im Reichstage nicht für angebracht gehalten. Sie glaube vielmehr, es den bestmöglichen Reichstagsabgeordneten überlassen zu können die Verwirklichung der beabsichtigten Verschärfung des anständiger Stelle zu sichern. Der Minister des Innern Braun erklärte, daß die Regierung die Aufgabe gehabt hätte, die Vorlage als Ganzes zu prüfen. Auf Grund dieser Prüfung sei es zu dem ablehnenden Standpunkt gekommen; denn zweifellos würde ein Teil des Landes durch die Weinsteuer schwer betroffen. Finanzminister Bausch äußerte sich über die Finanzlage des Reichs und berief sich dabei im wesentlichen auf die Ausführungen der Anwaltschaft. Der Minister stellte, falls die Finanzreform nicht aufhören könne, eine Erhöhung der direkten Steuern um 25 bis 30 Prozent für 1910 in Aussicht.

Ausland.

Vom Balkan. Die bulgarische Sobranje nahm in ihrer Sitzung am Montag das Budget für 1909 an. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 153 162 000 Francs. Für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Italien bewilligte die Sobranje 50 000 Francs.

Die bulgarische Regierung ist von Konstantinopel verständigt worden, daß man dort geneigt sei, die Verhandlungsverhandlungen wieder aufzunehmen und vorwiegend wegen Festlegung der Entschädigungssumme eine nachdrückliche Einladung einzuschicken. Infolge dessen hat wie in amtlichen Kreisen in Sofia berichtet wird, der bulgarische Ministerrat beschlossen, den Minister Kischew Ende der laufenden Woche als Delegierten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Konstantinopel zu entsenden.

Der Berliner türkische Botschaftsrat erklärt, daß alle Mitteilungen über einen angeblichen Verzicht des türkischen Thronfolgers auf die Thronfolge zugunsten des Prinzen Jusuf Zogebin Esmendi jeder Begründung entbehren. Der Kaiser von Oesterreich hat den türkischen Botschafter in Wien Mehmed Balda in feierlicher Audienz empfangen. Der Botschafter überreichte, nachdem er vom Kaiser herzlich begrüßt worden war, sein Beglaubigungsschreiben und stellte alsdann die Herren der Botschaft vor.

Oesterreich-Ungarn. Nach einer Meldung aus Budapest ist die Reorganisation der 41. Infanterie-Regiment mit dem 8. cm-Geschütz, wie der „Reiter Anzeiger“ meldet, beantragt. Infolge der Ausgabe von Infanteriegeschützen ist die Mannschaft bereits seit einigen Monaten in der Bekleidung des neuen Geschützes unterworfen.

Ausland. Der Präsident der Reichsduma, Chomjafow, wurde am Sonntag in Jaroslaw, Selo vom Kaiser empfangen. Der Empfang dauerte anderthalb Stunden, während welcher Zeit Chomjafow über die Reichsduma berichtete. Nach Mitteilungen sollen bei dieser Gelegenheit auch die in der letzten Zeit wiederholt vorgekommenen Massenhinrichtungen und die Mißstände bei der Moskauer Revolution besprochen worden sein. Der Präsident der Duma teilte den Vertretern der Presse mit, er habe während der Audienz dem Kaiser alle von der Duma und den Kommissionen behandelten und laufenden Angelegenheiten berichtet, ebenso die Interpellationen und Zwischenfälle in den Dumasitzungen. Er habe den Eindruck erhalten, daß alle Gerüchte über die Möglichkeit eines Erfolges der auf die Auflösung oder die Befestigung der Duma gerichteten Intrigen zweifellos unbegründet seien.

Perlen. In Japan ist in der Gewalt der Bolscharen, die selbst zur Wiederherstellung der Ruhe schritten. Der Gouverneur ist abgesetzt worden.

Bei Redaktionsbesprechungen sind noch aus Leipzig, 4. Januar, gebracht: Während des gestrigen Tages wurde in Japan ein gewichtiges Unterredungsgespräch, bis die Instanz mit Verstärkungen der Bolscharen der Partei der Unzufriedenen ein offensives Uebergehmig gab. Eine Anzahl Soldaten suchte im englischen Konsulate Zuflucht. Der Kaiser des Gouvernements wurde von Einwohnern geplündert. Der Gouverneur trat zurück. An seine Stelle promanierte sich der Anführer der Bolscharen zum Gouverneur von Japan.

